

Zivilklausel für KIT Grundsatzung abgelehnt - Verantwortung der Wissenschaft für Frieden und Demokratie bleibt auf der Tagesordnung!

Die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten hat KIT Präsident Prof. Horst Hippler (Bild) heute vor Beginn der entscheidenden Sitzung des KIT Gründungssenats mehr als 450 Unterstützungsunterschriften für die Zivilklausel übergeben (Anlage: Begleitschreiben). Die UnterzeichnerInnen fordern die Aufnahme der Zivilklausel in die Grundsatzung der Universität Karlsruhe als Teil des neu gebildeten Karlsruher Instituts für Technologie KIT "Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen."

Die Uni-Leitung macht seit Monaten unisono mit der abgewirtschafteten Landesregierung Stimmung dagegen bzw. wimmelt die Zivilklausel mit einer Ethik-Debatte ab, obwohl exakt die gleiche Bestimmung für die Universität Tübingen mit Zustimmung eben dieser Landesregierung rechtskräftig geworden ist. Die Initiative hat versucht, den Senat mit dem Argument zu ermuntern, dass das, was für Tübingen rechtens ist, Karlsruhe nicht versagt werden kann, und darum gebeten der Zivilklausel zuzustimmen, womit gleichzeitig die längst überfällige einheitliche Norm für das gesamte KIT geschaffen würde. Denn für den Großforschungsteil (u.a. Kernforschung) gilt die bewährte Zivilklausel des Forschungszentrums weiter.

Der Senat hat sich dem Druck gebeugt. Die Zivilklausel wurde nicht aufgenommen. Die Initiative hatte Mühe, die Unterschriftensammlung übergeben zu können. Der Präsident wollte sie nicht entgegen nehmen und Präsidiumsmitglied Alexander Kurz als Vorsitzender Grundsatzungskommission ebenfalls nicht. Er verwies auf den Präsidenten. Im KIT ist ein autoritäres Klima durchgesetzt worden, eine wichtige Voraussetzung zur Fortsetzung von Rüstungsforschung. Die Bundesregierung hat Auskünfte über militärisch relevante Sicherheitsforschung an den Hochschulen unter Geheimschutz gestellt.

Das alles wird nicht so bleiben. Der Druck von Aussen wächst. Freiheit und Autonomie der Hochschulen, Transparenz und Demokratie lassen sich nicht auf Dauer unterdrücken. Die Opposition im baden-württembergischen Landtag wird gestärkt aus den Wahlen hervorgehen und kann möglicherweise die Regierung bilden. Die SpitzenkandidatInnen der Grünen (Winfried Kretschmann), der SPD (Dr. Nils Schmid) und der Linken (Marta Aparicio, Roland Hamm) gehören zu den UnterzeichnerInnen. Alle drei Parteien sprechen sich in ihren Wahlprogrammen für Zivilklauseln für die Hochschulen aus.

Zu den UnterzeichnerInnen gehören über 30 ProfessorInnen aus der Uni Karlsruhe und anderen Unis, die meisten aus Bremen. Dazu kommt eine dreifache Zahl an Studierenden und WissenschaftlerInnen, viele GewerkschafterInnen mit betrieblichen Funktionen, PfarrerInnen und weitere ParlamentarierInnen auf Landes- und Bundesebene. Dazu kommen viele internationale Persönlichkeiten vorwiegend aus Japan, darunter der Bürgermeister von Hiroshima.

Wie die Initiative weiter mitteilt, wächst der Widerstand gegen die Militarisierung der Hochschulen bundesweit. Drei studentische Urabstimmungen für die Einführung einer Zivilklausel in den Unis Karlsruhe, Köln und FU Berlin. Eine Erklärung von über 60 Bremer HochschullehrerInnen gegen einen rüstungsfinanzierten Stiftungslehrstuhl. Ein Internationaler Appell gegen Forschung und Lehre für militärische Zwecke an allen Universitäten. Eine Konferenz zu diesem wichtigen Thema Ende Mai an der TU Braunschweig. Der bundesweite „freie Zusammenschluss von studentInnenschaften“ (fzs) fordert: Militär und Rüstungsindustrie raus aus Schulen und Hochschulen. Zivilklausel rein in die Hochschulen und die Landeshochschulgesetze. Dafür wird an mittlerweile zwei Dutzend Hochschulen Widerstand entwickelt.

Anlage: Begleitschreiben



Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Reiner Braun, Dietrich Schulze, Dagmar Hamdi



21. März 2011

KIT Präsidium und Mitglieder des KIT Gründungssenats

Karlsruher Institut für Technologie

Postfach 3640, 76021 Karlsruhe

Zivilklausel für KIT Grundsatzung

Sehr geehrter Herr Prof. Umbach, sehr geehrter Herr Prof. Hippler,
sehr geehrte Mitglieder des KIT Gründungssenats,

beigefügt überreichen wir Ihnen mehr als 450 Unterstützungsunterschriften für die Zivilklausel, die meisten in der letzten Woche gesammelt für den Studierenden-Antrag zur KIT Grundsatzung "**Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.**" Darunter ein Drittel für die inhaltsgleiche Forderung „**Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.**“ aus dem Internationalen Appel www.inesglobal.com/abandonment-of-military-research.phtml, textgleich mit der Forderung aus der Urabstimmung der Studierenden. Zu Ihrer raschen Information haben wir uns erlaubt, zwei Dutzend Persönlichkeiten hervorzuheben, mehr als die Hälfte mit internationalem Ruf.

Dass die Landesregierung weiterhin gegen die Zivilklausel für das KIT ist, haben wir zur Kenntnis nehmen müssen (BNN 18.3.11), obwohl sie die von den Studierenden beantragte Zivilklausel für die Universität Tübingen unterzeichnet hat. Alle Bemühungen, die Grundsatzung durch Ausräumung von Dissenspunkten mit der Landesregierung unter Dach und Fach zu bringen, müssen eine Grenze an deren widersprüchlicher Handlungsweise finden.

Nach der dokumentierten breiten Unterstützung ist die Landesregierung unserer Meinung nach nicht länger in der Lage, die Zustimmung zur Grundsatzung an diesem einen Dissenspunkt scheitern zu lassen. Was für Tübingen rechtens ist, kann Karlsruhe nicht versagt werden.

Wir bitten Sie, Ihre Entscheidung in diesem zentralen Punkt ein letztes Mal zu überprüfen und heute die genannte Zivilklausel zusätzlich zur Ethik-Bestimmung in die Grundsatzung aufzunehmen. Damit würde gleichzeitig die überfällige einheitliche Norm für das gesamte KIT geschaffen.

Wir sind davon überzeugt, dass Ihr Zugehen auf die Studierenden und auf die vielen, die das seit Jahren aus guten Gründen fordern, neue Handlungs- und Kompromiss-Spielräume in anderen für eine gedeihliche KIT Entwicklung wichtigen Fragen eröffnen würde.

Mit freundlichen Grüßen

Reiner Braun

hr.braun@gmx.net

Dr.-Ing. Dietrich Schulze

dietrich.schulze@gmx.de

Dagmar Hamdi

dagmar.hamdi@gmx.de

Anlage: Unterschriften